

<b>Antrag der Fraktion PDS/ML</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b> <b>Status:</b> <b>Datum:</b> <b>Eingang:</b>	<b>VO/0150/2001</b> <b>öffentlich</b> <b>5.07.2001</b>	<b>TOP</b> <b>22.4</b>
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b><u>Beratungsfolge:</u></b>	<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg, Haupt- und Finanzausschuss</b>		

## **Antrag der PDS-Fraktion betr. NS-Zwangsarbeit in Marburg**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadt Marburg erkennt an, dass den Zwangsarbeiter(inne)n, die während der NS-Diktatur in Marburg arbeiten mussten, Unrecht geschehen ist.
- In einem Schreiben an die überlebenden Zwangsarbeiter(inne)n bringt sie dies zum Ausdruck und lädt sie zu einem Besuch Marburgs ein.
- Die Zwangsarbeiter(inne)n, die bei der Stadt beschäftigt waren, oder ihre Nachkommen erhalten eine einmalige Zahlung von 1.500,00 DM.
- Die Geschichtswerkstatt Marburg e. V. wird in den kommenden Jahren ausreichend finanzielle Mittel erhalten, um diesen Teil der Geschichte der Stadt weiter aufzuarbeiten und den Verbleib der überlebenden Zwangsarbeiter(innen) bzw. ihrer Nachkommen zu ermitteln.
- Die Stadt fordert die Marburger Unternehmen, die während der NS-Diktatur von der Zwangsarbeit profitierten, auf, - falls noch nicht geschehen - dem Entschädigungsfonds der Stiftung beizutreten.

### **Begründung:**

Im Zeitraum von 1939 bis 1945 wurden über 3.000 Menschen aus den besetzten Gebieten zur Zwangsarbeit nach Marburg verschleppt. Etwa 1.700 Personen sind namentlich bekannt. Von den knapp 1.000, deren Einsatzort ermittelt werden konnte, arbeiten je ein Viertel für die Stadt und die Behringwerke, der Rest an 193 Einsatzorten (darunter die Universität, die Reichsbahn, die Blista, die Firmen Fritz Herzog, W. Felden, Industrie und Hallenbau, F. Hermann usw.)

In den Jahren 1942 bis 1943 erwirtschaftete die Stadt allein durch die Verwaltung und Unterbringung der Zwangsarbeiter(innen) einen Überschuss von 81.000 RM. Die würde heute etwa 1 Mio. DM entsprechen.

Es reicht deshalb nicht aus, dass die Stadt offiziell dieses Unrecht anerkennt. Wie ernst sie es mit diesem Bekenntnis meint, wird sich nicht nur an Gesten zeigen, sondern auch, inwieweit sie bereit ist, sich finanziell zu engagieren.

Das gilt ebenso für die Entschädigung der Zwangsarbeiter(innen) wie für die Erforschung der Verbrechen die in Marburg an den Zwangsarbeiter(inne)n begangen wurden. Die Aufdeckung der konkreten Vorgänge und die Benennung der Opfer und der Täter(innen) ist ein Beitrag gegen die Verharmlosung der NS-Diktatur und zur Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus.

**gez. Eva Chr. Gottschaldt**

**gez. Henning Köster**